

Lieber länger gemeinsam lernen

Stellungnahme zum Ansbach Dialogforum am 1.12.2009

Bericht: GEW KV Ansbach

Die Regierung von Mittelfranken, das Staatliche Schulamt, der Landkreis und die Stadt Ansbach hatten am 1. Dezember 2009 zum Dialog-Forum "Mittelschule" eingeladen. Zu der Veranstaltung waren Vertreter der Kommunen, der Schulen, der Eltern und vieler öffentlicher Einrichtungen und Verbände gekommen. Man spürte zwar die gute Absicht der Veranstalter, die Hauptschule zu verbessern und das Problem der sinkenden Schülerzahlen in den Griff zu bekommen. Die neu zu bildenden Schulverbände und Mittelschulen sind die bayerische Antwort darauf und auf die Tatsache, dass Eltern ihre Kinder lieber in Realschule und Gymnasium anmelden, da die Entwicklung der Hauptschulen seit langem unkalkulierbar geworden ist.

Trotzdem wurde schnell deutlich, dass es für die Hauptschule letztendlich keine verlässliche Perspektive gibt. Im Grunde genommen entpuppte sich der Nachmittag als Etikettenschwindel: Die bayerische Staatsregierung hat Vorgaben gemacht, wie es mit der desolaten Hauptschule weitergehen soll. Diese Vorgaben wurden in der Veranstaltung vorgestellt und konnten nur noch abgeknickt werden. Ein Dialog wäre es geworden, wenn die Beteiligten ergebnisoffen hätten diskutieren können.

Die Überlegung zu diskutieren, Realschule und Hauptschule wohnortnah zusammenzulegen, hätte beispielsweise einen wirklichen Dialog eröffnet. Doch dies will man in Bayern nicht. Die CSU-Regierung versucht dagegen, die Aufteilung von Kindern und Jugendlichen in verschiedene Schultypen nach dem Muster des mittelalterlichen Ständestaats auch noch im 21. Jahrhundert beizubehalten. Damit servierte man den Teilnehmern eine schwer verdauliche Kost.

Die bisher angenommene Übertrittsquote von 70% an Realschule und Gymnasium wird weiter anwachsen und der Anspruch "Kleine Hauptschulen sollen bestehen bleiben" wird sich in Kürze sowohl den Kommunen als auch den Eltern gegenüber als Trugschluss erweisen. Eltern werden angesichts der Begleiterscheinungen der neuen Schulverbände und Hauptschulzentren (beispielsweise längere Fahrtzeiten, zunehmende Anonymität, steigende Buskosten) noch eher bestrebt sein, ihr Kind in die Realschule zu schicken. Im Nachbarlandkreis Fürth musste Landrat Dießl genau diese Entwicklung kürzlich erkennen. Dort sind die Hauptschülerzahlen bereits jetzt auf das Niveau gesunken, das die jüngste Schulbedarfsplanung aus dem Jahr 2008 erst für das Jahr 2011 prognostiziert hatte (Fürther Nachrichten vom 27.11.09)

Die GEW sieht sich in ihren seit Jahren vertretenen Forderungen wieder einmal bestätigt, allen Kinder und Jugendlichen eine über die Grundschulzeit hinausreichende gemeinsame Schulzeit zu ermöglichen. Eine Zusammenlegung von Real- und Hauptschule an einem wohnortnahen Standort wäre der erste Schritt. Warum Zeit verschwenden und diese Entwicklung, die in einigen Jahren sowieso auf uns zukommen wird, nicht jetzt schon beginnen? Die GEW will in Dialogforen, die ihren

Namen verdienen, darüber diskutieren und nicht den seit Jahren altbekannten Schnellschüssen der bayerischen Kultusbürokratie ausgeliefert sein. Die GEW fordert eine kalkulierbare Schulpolitik, die sich bemüht, Kinder aus allen Schichten der Gesellschaft in einen gemeinsamen demokratischen Lernprozess zusammenzufassen.

*Hans Grillenberger
Pressemitteilung v. 2.12.2009
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
KV Ansbach*

Kontakt:

Gewerkschaft Erziehung & Wissenschaft - KV Ansbach
Pressesprecher Hans Grillenberger
Andorf 2
90599 Diethofen
Tel.: 09828/1285
Mail: gew.kvansbach@gmail.com
Web: www.gew-ansbach.de